

Reich und Arm

Gegenüber vielen europäischen Nachbarn steht der deutsche Staat gut dar. Die Steuereinnahmen sprudeln seit Jahren kräftig. Die Verschuldung ist zwar hoch, aber deutlich niedriger als bei vielen Nachbarn - sofern man die hohen Altersvorsorgeverpflichtungen des Staates außer Acht lässt - und die politischen Verhältnisse sind seit Jahrzehnten enorm stabil.

In der Welt möchte Deutschland seit den Auswüchsen des Nationalsozialismus als Quelle des Guten gesehen werden. Mit Stolz nennt man sich einen Exportweltmeister und sonnt sich im Glanze seines Fußball-Ruhms und des Sparweltmeistertitels.

Sowohl die Rettung Griechenlands während der Finanzkrise als auch die Aufnahme vieler Wirtschaftsflüchtlinge ist Staatsräson. So nimmt es nicht weiter Wunder, dass Deutschland inzwischen zu den im Ausland anerkanntesten Ländern der Welt zählt, sofern man entsprechenden Umfragen Glauben schenken darf.

Zu diesem wohlwollenden Urteil im Ausland dürfte auch die bereits aus Berlin signalisierte Bereitschaft beitragen, die Einnahmeausfälle der Europäischen Union (EU) durch den Austritt Großbritanniens aus der EU durch höhere Zahlungen aus Deutschland auszugleichen. Zugleich möchte der dynamische neue Präsident

Frankreich die europäische Integration vorantreiben. Ihm schwebt eine Bankenunion vor, in welcher alle Sparer der EU gemeinschaftlich für die Einlagen bei Banken in der Gemeinschaft haften.



Geldvermögensstatistik: Wo bleibt das „Vorzeigeland“ Deutschland?

Wirft man aber nun einmal ein Blick in die Vermögensstatistik, dann gelangt man zu Erkenntnis-

sen, die so gar nicht zu dem obigen Befund passen wollen. Nimmt man etwa den Allianz Vermögens Report 2017 zu Hand, so zeigt sich, dass es um den privaten Wohlstand der Bundesbürger keineswegs so gut bestellt ist wie um jenen des deutschen Staates.

Während beim Durchschnittsgeldvermögen der Deutschen noch der achtzehnte Platz eingenommen wird, tauchen die Deutschen in der Medianbetrachtung, die ja die Vermögenssituation in der Breite des Volkes viel besser charakterisiert, unter den Top-20 Nationen gar nicht auf. Prominent platziert sind in der Geldvermögensstatistik die Beneluxländer, aber auch Italien und Frankreich. Zugleich ist festzustellen, dass die Schweiz als Spitzenreiter beim Geldvermögensmedian und Zweitplatzierte hinter den USA beim durchschnittlichen Geldvermögen in ganz anderen und für Deutsche unerreichbaren Sphären unterwegs ist.

Ähnlich der Schweiz fällt beim Drittplatzierten Japan auf, dass Durchschnitts- und Mediangelvermögen zur gleichen Platzierung führen, während die Geldvermögenskonzentration in den USA einen Spitzendurchschnitt aber nur mittelmäßige Medianwerte erbringen.

Wirtschaftspolitik müsste völlig neu ausgerichtet werden

Nun sollte man sich erinnern, dass vor Jahren bereits die Europäische Zentralbank und auch die Deutsche Bundesbank in eigenen Vermögensanalysen ganz ähnliche Resultate bezüglich der Vermögenssituation der Länder Europas vorgelegt hatten.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass in Deutschland der Immobilienbesitz vergleichsweise gering ausfällt. Das konsistent schwache Abschneiden Deutschlands in der

Vermögensstatistik ist jedoch vor allem auf die fehlende Teilhabe großer Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung des Produktivvermögens zurückzuführen.

Zinsbesessenheit, hohe Abgabenlast nebst Aktienaversion und Mietpräferenz der meisten Deutschen findet also in den Vermögensstatistiken ihren ernüchternden Niederschlag. Eigentlich wäre es an der Zeit, die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland daraufhin zu untersuchen, ob die dort verfolgten Ziele samt den daraus abgeleiteten Maßnahmen klug sind. Sollte sich dabei herausstellen, dass es klüger wäre, den Wohlstand der Bevölkerung als Staatsziel zu priorisieren, so müsste die seit fünfzig Jahren betriebene Wirtschaftspolitik völlig neu ausgerichtet werden.

Jetzt, wo eine neue Regierung im Amt ist, wäre der richtige Zeit-

punkt für eine solche Bestandsaufnahme. Ich kenne niemanden, der ihr einen solchen Schritt zutraut. Im Gegenteil: Der neue Finanzminister träumt bereits von einer neuen Steuer, einer „Transaktionssteuer“. Und die Abschaffung des zunächst auf ein Jahr befristeten „Solidaritätszuschlags“ bleibt auch nach 26 Jahren eine Illusion.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns